

# Pressemitteilung



## Projekt Evaluation der Weiterbildung soll fortgeführt werden

Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

**Nürnberg, 24.05.2012** – Die Arbeits- und Weiterbildungsbedingungen von Ärztinnen und Ärzten in Weiterbildung sollen auch in Zukunft durch die Ärztekammern abgefragt werden. Der 115. Deutsche Ärztetag in Nürnberg hat die Bundesärztekammer aufgefordert, das seit 2009 laufende Projekt „Evaluation der Weiterbildung“ „in verbesserter Form“ fortzusetzen. Für den Umgang mit den Studienergebnissen hat der Ärztetag klare Vorgaben erstellt. So sollen die Ärztekammern mit Weiterbildungsstätten, bei denen durch die Befragung Probleme identifiziert wurden, in einen strukturierten Dialog treten. „Patenschaften für Weiterbildungsstätten, Tutorien, Beratungen der Ergebnisse in Fachgruppen, Schulungen und Visitationen durch die Ärztekammern sind dabei sinnvolle Instrumente“, heißt es in dem Beschluss des Ärztetages. Der Ärztetag hat die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern aufgefordert, verbindliche Verfahren für den Umgang mit auffällig gewordenen Weiterbildungsstätten zu entwickeln.

Die Delegierten sprachen sich zudem dafür aus, eine bundeseinheitliche Meldepflicht der sich in Weiterbildung befindlichen Assistenzärzten einzuführen. Dadurch soll bei künftigen Befragungen der direkte Kontakt zu den Ärztinnen und Ärzten in Weiterbildung erleichtert werden.

Bei der zweiten Befragungsrunde des gemeinsamen Projekts von Bundesärztekammer und Landesärztekammern haben rund 30.000 Ärztinnen und Ärzte im Rahmen einer Online-Umfrage

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

Ansprechpartner:  
Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Tel. (030) 40 04 56-700  
Fax (030) 40 04 56-707  
[www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)  
[presse@baek.de](mailto:presse@baek.de)

Auskunft über die Situation der Weiterbildung in Deutschland gegeben. Die Ergebnisse der Befragung, die von Juni bis September 2011 in allen 17 Landesärztekammern stattfand, haben sich im Vergleich zur ersten Befragung 2009 im Mittel in allen Fragenkomplexen verbessert. So fiel die Globalbeurteilung bundesweit mit der Note 2,44 gut aus. In einigen besonders aktiven Ärztekammern ist diese Verbesserung sogar hoch signifikant.

# Pressemitteilung



## Ärztetag fordert: Kooperation im Gesundheitswesen stärker unterstützen

Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

**Nürnberg, 24.05.2012** – Innovative Konzepte für Kooperationen von Ärztinnen und Ärzten sollen stärker gefördert werden. Das hat der 115. Deutsche Ärztetag in Nürnberg gefordert, der sich in einem Schwerpunktthema mit unterschiedlichen Kooperationsformen in der Patientenversorgung beschäftigt hat. Dabei wurde die gesamte Breite der Vertragsgestaltung im SGB V vorgestellt, von der integrierten Versorgung über die hausarztzentrierte Versorgung bis hin zu neuen gesetzlichen Möglichkeiten des Versorgungsstrukturgesetzes, wonach Ärztenetze im Rahmen des Kollektivvertrages selbst Budgetverantwortung übernehmen können. In einer EntschlieÙung forderte der Ärztetag die Ärztekammern, die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Berufsverbände auf, niedergelassene Ärzte mit Beratungsangeboten bei der rechtssicheren Umsetzung von Kooperationen zu unterstützen.

Der Vize-Präsident der Bundesärztekammer und Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Dr. Max Kaplan, wies darauf hin, dass die Palette möglicher Kooperationsformen breit sei und von der Gemeinschaftspraxis, über die Versorgungspraxis, dem Regionalen Versorgungszentrum bis hin zum Ärztenetz reiche. Die junge Ärztegeneration sollte die vorhandenen Chancen nutzen, forderte der BÄK-Vize und nannte vier Hauptgründe für die Notwendigkeit von Kooperationen. Diese ergebe sich vor allem aus dem wachsenden und sich verändernden Versorgungsbedarf aufgrund des demografischen Wandels, aus den veränderten Bedürfnissen der Patienten, aus dem zunehmenden Fachkräftemangel sowie aus dem zunehmenden Fortschritt mit

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

Ansprechpartner:  
Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Tel. (030) 40 04 56-700  
Fax (030) 40 04 56-707  
[www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)  
[presse@baek.de](mailto:presse@baek.de)

Spezialisierungen in der Medizin. „Es besteht dringender Handlungsbedarf, da sich die Patientenversorgung künftig nur über kooperative Versorgungsstrukturen sicherstellen lässt“, sagte Kaplan.

Eingehend befasste sich der Ärztetag auch mit dem kooperativen Belegarztwesen. Dies leiste seit Jahren einen wichtigen Beitrag für eine nahtlose ambulante, vorstationäre, stationäre und nachstationäre Patientenbehandlung, sagte Dr. Martina Wenker, BÄK-Vize-Präsidentin und Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen. „Die sektorübergreifende Tätigkeit von Belegärzten ist integrierte Versorgung schlechthin.“ Wenker forderte, das Belegarztwesen zu erhalten und zu stärken. Dabei müsse die freiberufliche Ausprägung der belegärztlichen Tätigkeit und die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Belegärzte bewahrt werden.

Die BÄK-Vizepräsidentin sprach sich für eine intensive Förderung der unterschiedlichen Kooperationsmöglichkeiten im Gesundheitswesen aus. Neben Ärztekammer, Kassenärztlichen Vereinigungen und Berufsverbänden sieht sie auch die Politik und die Kostenträger in der Verantwortung, die Ausgangsbedingungen für neue Kooperationsformen zu verbessern. Notwendig sei eine angemessene Vergütung der Kooperations- und Managementaufgaben sowie eine Anschubfinanzierung für Kooperationsprojekte.

# Pressemitteilung



## Ärztetag: Ärztekammer mehr Mitsprache bei Bedarfsplanung einräumen

Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

**Nürnberg, 24.05.2012** – Die Gesundheitsministerkonferenz der Bundesländer wurde vom Deutschen Ärztetag eindringlich dazu aufgefordert, die Ärztekammern gemäß § 90a SGB V an den Landesgremien für sektorenübergreifende Versorgungsfragen zu beteiligen. Obligatorische Mitglieder in diesen Gremien sind neben den Ländern die Kassenärztlichen Vereinigungen, die Kostenträger und die Landeskrankenhausgesellschaften. Der Gesetzgeber hat es den Ländern frei gestellt, weitere Mitglieder zu benennen.

Die Landesgremien können Empfehlungen zu sektorenübergreifenden Versorgungsfragen abgeben. Daran sollen nach dem Willen des Deutschen Ärztetages auch die Ärztekammern mitwirken. Diese verfügten über spezifische Kompetenzen, die für die Arbeit dieser neuen Gremien unerlässlich seien. So stünden ihnen moderne Analysemöglichkeiten für eine sektorenübergreifende Bedarfsplanung zur Verfügung. Veränderungen in der Struktur der Ärzteschaft würden so unmittelbar wahrgenommen. Auch seien die von den Landesärztekammern beschlossenen Weiterbildungsordnungen die Grundlage der Planungsprozesse im ambulanten und im stationären Sektor.

Diese und weitere Aufgaben- und Kompetenzbereiche der Ärztekammern könnten maßgeblich dazu beitragen, dass die angestrebten Landesgremien Garanten für eine zeitnahe und flexible Berücksichtigung der lokalen und regionalen medizinischen Anforderungen werden, so der Ärztetag.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

Ansprechpartner:  
Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Tel. (030) 40 04 56-700  
Fax (030) 40 04 56-707  
[www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)  
[presse@baek.de](mailto:presse@baek.de)

Der Deutsche Ärztetag tagt vom 22. Bis 25. Mai in Nürnberg.  
Weitere Informationen und Videos zu den Beratungen unter  
[www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de).

# Pressemitteilung



## Medizinstudium: Ärztetag begrüßt Erhalt der Wahlmöglichkeiten im Praktischen Jahr

Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

**Nürnberg, 24.05.2012** – Der 115. Deutsche Ärztetag in Nürnberg hat begrüßt, dass im Medizinstudium die Wahlmöglichkeiten im dritten Tertial des Praktischen Jahres (PJ) erhalten bleiben sollen. Der Ärztetag unterstützt damit die Entscheidung des Bundesrates, der im Mai ebenfalls gegen ein Pflichttertial im Fachbereich Allgemeinmedizin entschieden hatte. Die Diskussion über war entstanden, nachdem der Gesundheitsausschuss des Bundesrates der Länderkammer die Einführung eines verpflichtenden Tertials in der Allgemeinmedizin empfohlen hatte.

Mit der Möglichkeit zur Fachwahl sei es den Medizinstudierenden erlaubt, individuelle Orientierungsmöglichkeiten während des Studiums wahrzunehmen, begründete der Ärztetag seine EntschlieÙung. Die Regelung zum Praktischen Jahr ist Bestandteil der Ersten Verordnung der Bundesregierung zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte. Die neue Approbationsordnung soll voraussichtlich in diesem Sommer in Kraft treten.

Der Deutsche Ärztetag tagt vom 22. Bis 25. Mai in Nürnberg. Weitere Informationen und Videos zu den Beratungen unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de).

# Pressemitteilung



## Ärztetag: Kabinettsentwurf zum Psych-Entgelt-Gesetz nachbessern

Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

**Nürnberg, 24.05.2012** – Der Gesetzentwurf zur Einführung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen (Psych-Entgelt) muss erheblich nachgebessert werden. Dafür sprachen sich die Delegierten des 115. Deutschen Ärztetages in Nürnberg aus. Insbesondere die Sicherstellung einer umfangreichen und qualitativ hochwertigen Personalausstattung, die Entbürokratisierung und die Einbeziehung medizinischer Experten in die weitere Ausgestaltung des Systems seien zentrale Punkte, die einer Verbesserung bedürfen, hob der Ärztetag hervor.

Nach dem Gesetz sollen Krankenhäuser die Behandlungen in der Psychiatrie nicht mehr nach der Bundespflegesatzverordnung abrechnen, sondern nach einem neuen leistungsorientierten, pauschalierten Vergütungssystem. Wegen der besonders variablen Behandlungserfordernisse in diesem Bereich, soll die Vergütung nicht über das DRG-System, sondern über Tagespauschalen erfolgen.

Der Ärztetag forderte, dass das geplante tagespauschalierende Entgeltsystem langfristig beibehalten und nicht allmählich in eine DRG-Systematik überführt werde. Auch sei die Datensicherheit der Patienten im Hinblick auf die mit der neuen Vergütungssystematik einhergehenden Informationen sicherzustellen.

Der Deutsche Ärztetag tagt vom 22. Bis 25. Mai in Nürnberg.  
Weitere Informationen und Videos zu den Beratungen unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de).

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

Ansprechpartner:  
Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Tel. (030) 40 04 56-700  
Fax (030) 40 04 56-707  
[www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)  
[presse@baek.de](mailto:presse@baek.de)